

1. Juni 1925  
Juni 1925.  
eige.  
en wir die  
daß unsere  
Alter von  
Heimat ab.  
ebenen:  
ermeister  
tag nach  
2814  
at-Farben  
h-Tusche,  
u. farbig)  
Kleber  
g. Nagold.  
böden!  
Bleigemälz  
cht in:  
wachs  
tillware)  
verschied.  
den, speziell  
r taunese  
Böden  
der röt.)  
zement  
Spiritus-  
blös)  
tflald,  
u. S. W.  
gold  
ei:  
ausen,  
Bildberg u.  
lonialwaren.  
n.  
Ragold. 2894  
lichtspiel.  
nstag 8.30  
4.15 und 8.30  
meiste  
kste Mann der  
die chine-  
he Trahe  
großen Alten  
e Lustspiel  
e Unikum  
atty"  
Don Saan  
großen Alten  
beerjast  
haben  
u-Projekt  
ev. Str.

**Bezugs-Preise**  
Brosch. einjährl.  
Trägerlohn A 1.80  
Eingangsnummer 10 J  
Erscheint an  
jed. Werkstage  
Bestellstelle Zeitung  
in D. Bez. Nagold  
In Fällen höh. Gewalt  
bleibt kein Anspruch  
auf Lieferung d. Zeitg.  
aus auf Rückzahlung  
in Bezugspreises.  
Kontokorrent-Konto  
Nagold.  
Postfach-Konto  
Stuttgart 5113.

# Der Gefellchafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illust. Unterhaltungs-Beilagen  
"Feiertunden", "Unsere Heimat"  
**Nagolder Tagblatt**  
mit der landwirtschaftlichen Beilage  
Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise**  
Die einseitige Seite  
aus gewöhnl. Schrift  
ab. deren Raum 12 J  
Familien-Anz. 10 J  
Reklam-Beile 25 J  
Sammelanzeigen  
50 % Aufschlag  
Für das Erstellen  
von Anzeigen in be-  
stimmten Ausgaben  
und an besondern  
Plätzen, wie für tele-  
phonische Aufträge u.  
Chiffreanzeigen kann  
keine Gewähr über-  
nommen werden.

Re. 147      Begründet 1820.      Samstag den 27. Juni 1925      Fernsprecher Nr. 29.      99. Jahrgang

### Tagespiegel

Der amerikanische Botschafter Schurmann ist mit Gattin und Tochter in Berlin eingetroffen.  
Nach einer Meldung aus Berlin soll der frühere württembergische Unterstaatssekretär und jetzige Direktor bei der Reichsbahn, Hiltner, dem beim Amtsurteil bekanntlich von den Demokraten und Sozialdemokraten die Leitung des württembergischen Eisenbahnbetriebs übertragen wurde, demnächst aus dem Reichsbahndienst ausscheiden.  
Der Reichsverband der Deutschen Industrie schließt sich in einer bei seiner jüngsten Tagung angenommenen Entschließung zur Entwaffnungsnote den von den deutschen Völkern an Rhein und Ruhr wegen der schweren Entlastung über die Rüstungsbeschränkung erhobenen Einsprüche einmütig an.  
Die Eisenarbeiterkonferenz des deutschen Hüttenarbeiterverbandes billigt einmütig die Maßnahmen, die der Hauptverband des Verbandes bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern vereinbart hat; entsprechend diesen Maßnahmen werden die Verhandlungen zur Beilegung der Krisen im Hüttenwesen nicht zentral, sondern bezirksweise durchgeführt werden.  
Nach Meldungen aus Paris will die französische Regierung auf die deutschen Vorschläge in den Handelsvertragsverhandlungen eine Entscheidung zunächst aussetzen. Auch in den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen sind die Aussichten auf eine Verständigung sehr gering.  
Die Meldung eines Pariser Blattes, wonach die Sowjetregierung der deutschen Regierung einen Vertrauensentwurf zur Befähigung des französischen Sicherheitsangebots vorgelegt haben soll, ist, wie amtlich aus Berlin mitgeteilt wird, in allen Teilen erfunden.  
Die französische Kammer nahm einstimmig einen Gesetzentwurf an, wodurch die Pensionen der Witwen und Waisen von Bergarbeitern erhöht werden.  
Das englische Unterhaus lehnte den Antrag der Arbeiterpartei auf Abrechnung des Haushaltsplans mit 289 gegen 92 Stimmen ab und nahm die Vorlage in dritter Lesung an.  
Auf dem internationalen Eisenbahngongress in London wurde mit 90 gegen 35 Stimmen eine Entschließung angenommen, worin die strenge Durchführung des Nichtsanbundes mit Rücksicht auf die Verlässlichkeit der übrigen Verhältnisse für unabweisbar erklärt wird.  
Der Handelsvertrag zwischen Ungarn und den Vereinigten Staaten ist unterzeichnet worden.

### Politische Wochenschau.

Während die Veröffentlichung des deutschen Wortlauts vom 8. Februar und der Briand'schen Rede vom 16. Juni. Der erstere hat nicht nur feinerzeit in England den allerersten Eindruck gemacht. Auch die Amerikaner sind entsetzt über diesen neuen Beweis der deutschen Friedensliebe. Über die Briand'sche Rede aber liest man, Frankreich ausgenommen, nur Ungünstiges, und vor allem die Vermutung, Deutschland könne unmöglich auf Frankreichs Forderungen eingehen.  
Welche Forderungen? Dieser gerissene Wootat von einem Briand hat es verstanden, seine Rede so zu frisieren und zu verbunkeln, daß man beim ersten Durchlesen eigentlich nicht recht klug wird. Nicht einmal das gefährliche Wort vom "Durchmarschrecht" nimmt der Schmeichler in die Feder. Aber wenn man sie zwei- und dreimal und auch noch zwischen den Zeilen liest, dann kommen ganz merkwürdige und echt gallische Annahmen zum Vorschein. Der langen Rede kurzer Sinn ist eben Verankerung und Verschlimmerung des Verfallers Vertrages. Mit anderen Worten: Frankreich will, daß an dem Verfallers Vertrag und seinen 440 Artikeln nicht getippt werden dürfe, daß vielmehr Deutschland den Vertrag zum zweitenmal in die Form für Zeit und Ewigkeit aus freien Stücken anerkenne und sich allen dessen Forderungen und Bedingungen nach allen vier Himmelsrichtungen vorbehaltlos und restlos unterwerfe und daß es in neuen Forderungen und Schiedsverträgen noch mehr zusehe als vertragsgemäß ausgemacht ist. Und das alles unter der "Garantie", nie einen Krieg anzufangen, ja nicht einmal durch friedliche Mittel eine Veränderung (z. B. der deutsch-polnischen Grenzen) versuchen zu wollen, daß endlich Deutschland beugungslos, nicht als ebenbürtige souveräne Großmacht, sondern als Knecht Frankreichs in den Völkerverbund einträte und zwar, bevor man überhaupt miteinander über den Sicherheitspakt verhandelt, also mit gebundenen Händen und mit verchlöffenen Augen.  
Und warum? Weil Frankreich, dieser störrische Rüstertrottel der Welt, um ein Vielfaches, zwar nicht der Truppenzahl, aber der Technik nach, stärker als vor dem Krieg — weil also dieses bis an die Zähne bewaffnete "Volk in Waffen" Sicherheit brauche vor dem wehr- und waffenlosen Deutschland, das zu Wasser und zu Land schwächer ist, als die drei Ozeane Ostland, Nordland und Südlan, deren Einwohner zusammen man ganz bequem in Berlin unterbringen könnte.  
Ob es je einen blutigeren Hohn unter dem Wechsel des Mondes als diese französische Unverschämtheit? Sa, man könnte sich billigerweise fragen, warum mußte denn Dr. Stresemann ausgerechnet dieses "Friedensbedürfnis" Frankreichs mit seinem Vorkriegsblat unterstreichen? Ist es plausibel, es die Franzosen womöglich selber, daß sie Sicherheit vor Deutschland brauchen. Und am Ende glauben es die Engländer auch.  
Und dennoch hat vielleicht der Stresemann'sche Vorschlag einen beachtenswerten, wenigstens istischen Vorteil. Wir

beten Frankreich die Zustimmung an. Wird sie abgelehnt, so weiß die Welt, was das Kammerstück heißt. Aber es ist auch die große Gefahr möglich, daß Frankreich, wie es auch in den Julitagen 1914 mehrmals fertig gebracht hat, uns den Hals zum Ertrinken umhängt und dann die Schwere der Verantwortung kommt, an uns hängen bleibt. Dann wird man wieder in der ganzen Welt schreien: "O, diese Deutschen!" Dem eines ist jedenfalls — und die ganze deutsche Presse ist sich darüber einig — die beland'sche Note. In wie sie lautet, ist für Deutschland unannehmbar! — Wie weit England mitruft, ist trotz der Rüstungsbeschränkungen im englischen Parlament heute noch ungewiß. Chamberlain tut freilich, als ob zwischen Frankreich und England die allerbeste Übereinstimmung bestehe. Was neue Iphigeneie er dem deutschen Vorschlag als einer nutzigen Tat seine volle Anerkennung. Aber eben so bestimmt erklärte er, daß England niemals sich auf einen "Diktat" d. h. auf die Zurücklieferung der deutschen Ostprovinzen einlassen könne und werde. Nur bei einem Weltfrieden werde es mitruft. Aber auch hier wird das Kabinett mit den Widersachern der Dominions (Kanada, Südafrika, Australien) zu rechnen haben.  
In Frankreich selbst sieht es augenblicklich gar nicht rosig aus. Cailleux will den Rücktritt der französischen Schuldner hinaufschleichen. Aber je öfter er es versucht, desto weniger gelingt es ihm. Und die Hauptlast davon tragen seine ehemaligen Parteigenossen, die Sozialisten. Die wollen um jeden Preis eine Kapitalerhöhung. Cailleux aber nicht, denn er muß auf die landstrafrechtliche Rechte Rücksicht nehmen. Die Sozialisten sind es auch, die dem Kabinett als ganzes alle Schwierigkeiten bereiten, und zwar wegen des Marokkoproblems. Painlevé kam glücklich von seinem Pöbel aus Afrika zurück, mit mehr Siegesgewißheit, als er ihn angetreten hatte. Wenigstens tut er so, um damit bei den Chauvinisten lieb und zu werden. Die sollen dann die Räder ausfüllen, die durch den möglichen Austritt der Sozialisten in die Regierungsmehrheit zerfallen wird. Inzwischen hat die Kammer Palmenes Marokkopolitik mit überwältigender Mehrheit doch gebilligt. Frankreichs Volkserhebung steht eben immer in entscheidenden Augenblicken zu dem Minister, der sich für Durchführung der nationalen Ehre um jeden Preis einsetzt. Da ist kein Franzosen kein Opfer zu viel.  
Der chinesische Aufstand entspinnt sich immer deutlicher als eine englisch-amerikanische Bewegung. General Fong hat denn auch dem englischen Gesandten ganz gehörig die Wahrheit gesagt. Wir Deutsche fühlen dabei so etwas wie Schadenfreude. Waren es doch gerade die Engländer, die während des Krieges unseren deutschen Landvolken in China, ganz besonders in Shanghai, so übermäßig mißgefallen hatten.  
In unserem eigenen Lande geht es sehr wieder recht geräuschvoll zu. Der Zollkampf hat bereits eingesetzt. Die Linke schimpft über die agrarfreundlichen Protektionen, die Rechte fordert Kornzölle. Warum soll die Landwirtschaft schlechter behandelt werden als die Industrie? Der Bauer braucht den Schutz so gut wie der Industrielle. Wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht steigen, dann geht unsere Landwirtschaft unfehlbar einer Katastrophe entgegen.  
Die Not der Landwirtschaft, ihr Geldmangel, ihre schwere Steuerbelastung, ihre Verlegenheit an die ausländische Konkurrenz, der bedenkliche Mangel an Düngemitteln — alle diese Umstände wurden in deutschen Landwirtschaftsvereinen, beim Reichslandbund und in vielen Provinzialgruppen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft lebhaft erörtert. Man rief Reich und Staat um rasche Hilfe an.  
Es wäre auch ein fürchterliches, in seinen Folgen gar nicht übersehbares Unglück für unser ganzes Volk, wenn die heimliche Landwirtschaft zusammenbrechen würde und so ihre Aufgabe als Ernährerin des Vaterlandes nicht mehr erfüllen könnte, zumal sie dank der Intelligenz und des Fleißes des deutschen Bauern Gemutigen im Krieg und in der Nachkriegszeit geleistet hat. Ihre kaumenswerten Fortschritte waren auf der großartigen Wanderausstellung der D. O. in Stuttgart-Cannstatt zu sehen. Welcher Vaterlandsfreund hätte sich nicht hierüber freuen! Solange der deutsche Bauer mit Lust und Liebe arbeitet, solange lebt, blüht und wächst auch das Vaterland.

Wahrscheinlich. Auch diese Wahrheit markiert, und selbst ein Polartar mit allen seinen verbredlichen Spiegelfeldern wird sie nicht aufhalten. Und diese Wahrheit wird das gedrückteste, verlorne und unglückliche Deutschland wieder frei machen. "Nach ihm ein Gott zu richten und zu rächen." W. H.

### Neuestes vom Tage

**Beginn des deutsch-polnischen Wirtschaftskriegs**  
Berlin, 26. Juni. Nach einer Darstellung der deutschen Reichsregierung über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat die polnische Regierung eine Verordnung erlassen, die für eine Reihe von Waren ab morgen die Einfuhr nach dem polnischen Zollgebiet unterliegt, sofern die genannten Waren aus Ländern kommen, die gegen Güter polnischen Ursprungs Einfuhrverbote erlassen haben. Die Verordnung richtet sich fast ausschließlich gegen Deutschland. Die Reichsregierung kündigt bereits Gegenmaßnahmen an, falls Polen tatsächlich den Wirtschaftskrieg eröffnen sollte.

**Aus dem Reichsrat**  
Berlin, 26. Juni. Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf über ein vorläufiges Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der griechischen Republik, sowie den Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollverfahren, außerdem nahm der Reichsrat die Angelegenheitsverhandlungen an, deren wesentlicher Inhalt die Erhöhung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung um ein Drittel, aber infolge dessen auch die Erhöhung der Beiträge um ein Drittel ist. Damit hofft man bis zum Ende 1925 auszukommen. Die soziale Belastung der Wirtschaft wird sich durch die Verträge um etwa 40 Millionen jährlich erhöhen. Der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung wurde in der Fassung der Ausschüsse angenommen. Hiernach ist der Unterhaltungsbeitrag, den ein Berufstätiger im Gnadenweg bekommt, auf drei Viertel des Ruhegehalts beschränkt worden. Ferner wurde die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Berufsrechts auch zugunsten des Beschuldeten eingeführt. Weiter wurde eine Verordnung über die Teilnahme des Besoldungsbediensteten bei der Befolgung der Wehrmacht angenommen, die eine erhebliche Besserstellung der Reservisten bildet. Die Vorlage über die Aufhebung der Notstandsverordnungen wurde nochmals an die Ausschüsse zurückverwiesen.

**Der zweite Rathenau-Prozess**  
Erfolg, 26. Juni. Der Angeklagte Brandt sagte aus, Kern habe ihm nicht, wie in der Anklage behauptet sei, im Winter 1922 von dem Nordplan erzählt, sondern habe 14 Tage später mit ihm von einem nationalen Plan gegen die Entente gesprochen. Tilsen habe erklärt, er werde den Plan unter allen Umständen verhindern. Bei der Vernehmung Küchenmeisters hält der Vorsitzende diesem einige Briefe vor, aus denen ein Schuldbekenntnis spreche. Der Angeklagte entgegnet, er habe die Briefe unter dem Eindruck der Rordrat und der Verhaftung geschrieben. Bei der Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen wird vom Kraftwagenführer Küchenmeister bezeugt, daß Kern Brandt bereits 14 Tage nach dem Nordplan von dem Plane Mitteilung gemacht habe, Rathenau vom Kraftwagen aus zu erschießen. Tilsen gab die Möglichkeit einer Verwechslung zu. Die Vernehmung könne bei der Zusammenkunft am 19. Juni mit anderen Kameraden geschehen sein. — Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte gegen Brandt wegen Beihilfe zum Mord, begangen durch Unterlassung der Anzeige des Nordplans, eine Zuchthausstrafe von dreieinhalb Jahren und wegen unbefugten Waffenbesitzes eine Geldstrafe von 500 Mark. Die Geldstrafe und ein Jahr ein Monat der Freiheitsstrafe sollen als verbüßt gelten. Für Küchenmeister stellte er Antrag auf Freisprechung, da Küchenmeister von dem eigentlichen Zweck, dem der Kraftwagen dienen sollte, keinerlei Kenntnis gehabt habe.

**Um Cailleux' Finanzvorschlüge**  
Paris, 26. Juni. Der Kabinettsrat stimmte Cailleux' Finanzvorschlüge zu. Dem Vernehmen nach soll der Banknotenumlauf um weitere 5 Milliarden erhöht werden, um den Verbindlichkeiten am Monatsende nachkommen zu können. Außerdem wird ein neuer Anleihetypus geschaffen werden, der 3 bis 4 v. H. Zinsen tragen wird, doch wird die Auszahlung der Anleihe in Dollar zum gegenwärtigen Lageskurs garantiert werden.  
Die parlamentarische Lage ist außerordentlich schwierig. Die Sozialisten wollen um keinen Preis für die Finanzvorlage stimmen und es gibt Leute, die sogar befürchten, daß bei der Beratung der Finanzvorläge Cailleux' die Partei ihre Einigkeit wieder finden könnte, die ihr bei den letzten politischen Bestimmungen immer mehr verloren gegangen ist. Auch ein Führer der Rechten, der Abgeordnete Francois Poncet, stellt die Forderung auf, daß die Regierung nur dann für die Finanzvorläge stimmen solle, wenn ein nationales Ministerium gebildet würde, in dem alle Parteien vertreten wären. Die Rechtsparteien schließen darauf zu bestehen, daß sie einen Stimmenteil im Kabinett bekommen, wenn sie für die Finanzvorläge stimmen. Der Finanzminister soll darauf bestehen, daß die Finanzvorläge bis Montag erledigt wird.

**Staatsrecht in Griechenland**  
Paris, 26. Juni. Hodos meldet aus Athen: Gektern vor-mittag um 5 Uhr hat General Pangalos an die Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem deren Rücktritt innerhalb 18 Stunden gefordert wurde. Abgesehen von einigen in die Luft abgegebenen Gewehrshots seien keine ernstlichen Zwischenfälle zu verzeichnen. Um 9 Uhr hat der Prä-



Minister der Republik die Parteiführer zusammenberufen. Ministerpräsident Michalakopoulos beschloß den Rücktritt. Der Rücktritt wurde angenommen. Die Bildung eines Kabinetts erscheint nicht möglich. Die Regierungstruppen, die bisher die Ordnung aufrecht erhielten, sind durch Truppen der Aufstandsbewegung ersetzt worden. Im übrigen herrscht Ruhe.

Nach einer weiteren Meldung aus Athen hat General Panagos in einem Aufruf an die Bevölkerung erklärt, daß er die nationalen Interessen wahren werde. Die Bildung eines Kabinetts Papanasstasiu sei jetzt unmöglich. Er werde selbst die Ministerpräsidentenschaft übernehmen.

Ueber die Urkunden des Staatsvertrages verläutet, die Offiziere seien der Reorganisation des Heeres und um die Entwidmung der Wirtschaft gekümmert habe. Seine Außenpolitik ermangele der Geschicklichkeit und hätte nur zu Mißerfolgen geführt, namentlich in Serbien und in der Türkei. Die Offiziere machen ihm ferner den Vorwurf, daß er ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht habe.

Erfolgreiche Angriffe der Marokkaner

Paris, 26. Juni. Havas meldet aus Tanger: Der Feind greift im westlichen Abschnitt der Marokkofront die spanische Front an verschiedenen Punkten an, besonders zwischen Ceuta, Tetuan und Regoia. Die spanischen Truppen, die die Sicherung von Sidland-Benidder befehligen, stehen mit dem zahlenmäßig starken und sich heftig verteidigenden Feinde im Kampf. Die Djebala- und die Andjers-Stämme im Rifgebiet schlagen über Mangel an Lebensmitteln. Weiteren Nachrichten zufolge ist auf dem östlichen Kriegsschauplatz durch Nühne Vorläufe der Marokkaner die Eisenbahnlinie von Taza nach Fez erreicht worden. Die Marokkaner verfolgen das Ziel, die wieder besetzten Stellungen, die die Franzosen nördlich der Uergha errichtet haben, zu umfassen, um von Osten und Süden her vorzudringen, während die Angriffe von Norden und Westen der gleichzeitig durchgeführt werden. Wenn ein Angriff von Osten her erfolgt würde die bestehende Verteidigungslinie geschwächt und es wäre eine offensivere Gefahr für die Einnahme der Stadt vorhanden.

Brind hat den Text des französisch-spanischen Abkommens bezüglich der Unterdrückung des Waffen- und Munitionshandels an der Küste genehmigt. Das Abkommen dürfte namentlich von der französisch-spanischen Konferenz in Madrid unterzeichnet werden.

Die Wirren in China

London, 26. Juni. Nach einer Meldung aus Peking soll der italienische Gesandte im Namen des diplomatischen Korps einen Schritt beim Außenminister unternommen haben, wobei er die Bildung eines gemischten Ausschusses vorgeschlagen habe, die sich mit der Regelung des Konfliktes von Shanghai zu befassen hätte. Die hier einlaufenden Nachrichten, namentlich aus Hongkong und Schanghai, über die Kämpfe in China lauten sehr beunruhigend. Nach einer Meldung aus Schanghai hat die amerikanische Behörde an alle Amerikaner die Aufforderung gerichtet, sich an einem bestimmten Punkte zu versammeln für den Fall, daß die Ereignisse einen bedrohlichen Charakter annehmen sollten.

Paris, 26. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Peking werden die Vertreter der Mächte zwei Räten des chinesischen Außenministers, in denen China die in Schanghai von den chinesischen Vertretern zur Regelung des Konfliktes aufgestellten Forderungen wieder aufnimmt.

Deutscher Reichstag

Die Beratung der Zollvorlage

Der Reichstag lehnte die Aussprache über die Zollvorlage ab. Ueber die Weidenhauer (Böhl.) betont, daß, wenn die Nachbarländer Deutschlands sich mit Zollmauern umgeben, dieses nicht auf den Schutz seiner Produkte verzichten könne. Frau Sander (Soz.) spricht sich gegen eine Durchpeisung der Zollvorlage aus und meint, daß hohe Industriezölle den Handelsvertragsverhandlungen nur Hindernisse bereiten. Der Bratjak sei die ungerechteste und brutalste Kopfsteuer. Auch das Fleisch und sämtliche landw. Erzeugnisse würden durch die Zölle verteuert. Am schwerwiegendsten seien die Eisenzölle. Die ganze Vorlage sei nichts anderes als eine große Lohnbewegung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter. Nur eine große europäische Zollunion könne ein großes einheitliches Absatzgebiet und damit eine Steigerung

der Produktion schaffen. Ueber H. H. H. (Komm.) betonen die Zollvorlage, die die ganze Last auf die Schultern der Arbeiter abwälze. Darauf wird die Zollvorlage und der Gehaltentwurf über den Handels- und Schiffsahrtvertrags zwischen Deutschland und England dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Eine längere Geschäftsordnungsansprache verurteilt ein Antrag Grünhaus (Dp.) über eine neue Schließung für die Zusammenkunft der Ausschüsse des Reichstags, mit dem sich auch der Ministerpräsident befaßt hat. Da ihre letzte Zusammenkunft kein Splendebild der Mehrheit des Bismarck mehr gebe. Gegen die Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Bismarck wird beschlossen, daß es nur noch Ausschüsse von 21 und 28 Mitglieder gibt, während die bisherigen mit 14 und 18 megalen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes zur Verlängerung der Geltungsdauer der dritten Strafvollstreckungsordnung über den 30. Juni 1925 hinaus bis zum 15. Juli 1925. Die Vorlage ist unterzeichnet von den Abg. Hergt (Dnl.), Fehrenbach (Z.), Dr. Scholz (Dp.), Fehr (Bismarck), Bgg. und Reich (Bismarck). Ueber Keil (Soz.) erklärt, seine Freunde würden gegen die Verlängerung stimmen, möge sie auch von der Regierung für noch so notwendig gehalten werden. Ueber Dr. Karich (Komm.) spricht sich ebenfalls gegen den Gesetzesentwurf aus. Als der Redner von niederträchtigen Betrugsmanövern der Rechtsparteien spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Der Gesetzesentwurf wird in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Demokraten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Änderungen in der Unfallversicherung. Der Entwurf bringt einen Ausbau der Sozialversicherung, namentlich der Unfallversicherung. Hinterbleibende. Ueber B. B. B. (Soz.) nennt den Regierungsentwurf einen Raubzug auf die Kosten der Unfallverletzten; man wolle die kleinen Renten beibehalten und die Renten bis zu 50 v. H. der Erwerbsunfähigkeit kürzen.

Am das Schicksal der Zollvorlage

Berlin, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde die Mehrheit gegen die Zollvorlage mit rund 30 Stimmen berechnet. Die Wichtigkeit dieser Berechnung wird von rechtsstehender Seite betont. Die bisherigen Fraktionsitzungen zeigen allerdings, daß die Bemühungen Luthers, die Zollvorlage vor dem 18. Juli verabschiedet zu sehen, gescheitert sind. Auch für die Steuererhöhung ist eine Mehrheit nicht sicher. Hier liegt die Entscheidung beim Zentrum, das sich erst nach Abschluß der Beratungen im Steuerausschuss endgültig entscheiden will.

Tagung über Kriegsschuldfrage und Kriegspropaganda

Stuttgart, 26. Juni. Im weiteren Verlauf der Tagung anfänglich der Ausstellung über Kriegspropaganda des Auslandes hielt Prof. Dr. Krenter-Berlin, ein gebürtiger Württemberger, einen bemerkenswerten Vortrag über das Thema „Deutschland-Frankreich“. Als wesentlich für das politische Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland in den letzten Jahrhunderten bezeichnete Krenter die Tatsache, daß die Deutschen durch ihre innere Uneinigkeit und durch ihre Unfähigkeit zur politischen Einheit geradezu die Franzosen herausgefordert hätten, weitgehende politische Ansprüche zu erheben. Durch die ganze Geschichte der beiderseitigen Beziehungen gehe der Kampf um den Rhein. Eine Verständigung sei so lange unmöglich, als das französische Volk nicht einsehe, daß das deutsche Volk die Zugehörigkeit des Rheinlandes zu Deutschland als unbestreitbar und naturnotwendig empfinde. Erst wenn dem französischen Volke die Einheit Deutschlands und die selbstverständliche ohne jede Herausforderung ausschreitende nationale Würde und Selbstbehauptung des deutschen Volkes als eine unerschütterliche Tatsache zum Bewußtsein komme, werde das französische Volk dem deutschen Volk die Hände reichen.

Als zweiter Redner sprach Landtagsdirektor Dr. Eise mann-Stuttgart über die rechtliche Stellung des Kriegsschuldnerkennnisses innerhalb des Verfalltes Vertrags. Am den Wort- und Rechtsbruch der Zusicherungen in Wilsons 14 Punkten zu rechtfertigen, habe die Entente der Schuldfrage bedürft. Um ihren Nachbarn zu beibringen, habe sie ihm

die Form eines Verleumdung über einen Verbrecher gegeben. Deutschland könne demgegenüber nur noch an das Recht appellieren. Auch dem gemeinsten Verbrecher bliebe das Recht Wiedererlangung des Verlorenen zu, wenn bisher nicht berücksichtigte Tatsachen und Beweismittel das alte Urteil erschüttern geeignet seien. Heute habe die Veröffentlichung von Dokumenten und die geschichtliche Forschung die Grundtatsache des Schuldurteils von Verleumdung erschüttert und dem Siege der Wahrheit und des Rechtes die Wege geebnet.

Württemberg

Stuttgart, 26. Juni. Nachbienst im Fernsprechnetz. In letzter Zeit ist ununterbrochener Fernsprechnetz eingerichtet worden auf Kosten der Teilnehmer in Ludwigsburg, Ravensburg, Reutlingen, Schramberg, Tübingen und Ulm. Hiezu kommen ab 1. Juli Göttingen, Gmünd und Göttingen. Der Nachdienst besteht jetzt schon in Stuttgart (einschließlich Feuerbach, Zuffenhausen mit Stammheim, Kornau, Weildorf, Untertürkheim, Boising, Kallental und Cannstatt).

Zusammentritt des Landtags. Der Landtag tritt am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben kleinen Anfragen ein Roteil der Gesetzesentwürfe über Änderung der Schulferien, der Gesetzesentwurf über Rotationsarbeiten wegen Schädigungen durch die Lebererkrankung und der Etat für 1925. — In der Zeit vom 12. Mai bis 24. Juni sind beim Landtag 40 Eingaben eingegangen, von denen die meisten dem Finanzministerium zur weiteren Behandlung überwiesen wurden.

Der Finanzministerium genehmigte bei der Fortsetzung der Beratung über den Haushaltsplan das Kapitel 68 (Landesbibliothek) und bei Kapitel 71 (Hochschule für Musik) die Erhöhung des Staatsbeitrags von 6000 M. Auch das Kapitel 51 (Technische Hochschule) wird nach längerer Aussprache angenommen, desgleichen die Kapitel 52 (höhere Bauerschule), 53 (Mittelschule), 54 (Gewerbe-, Handels- und Frauenarbeitschule), 55 (Kunstgewerbeschule), 56 (Landesmusiksammlungen), 57 (Denkmalpflege) und 58 (Naturhistorische Sammlung).

Abbruch des Staatsministeriums. — Geschäftsneubau. Die württ. Regierung plant, an Stelle des Gebäudes des Staatsministeriums an der Königstraße einen großen Geschäftsneubau zu erstellen. Ein Preiswettbewerb wurde eröffnet. Termin für die Einlieferung der Entwürfe ist der 15. September. Der erste Preis ist 40 000 M.

Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung. Groß-Stuttgart zählt nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung am 16. Juni 337 199 Einwohner (männliche 160 499, weibliche 176 700) gegenüber 323 572 (männliche 150 716, weibliche 172 856) im Jahr 1919. Die Zunahme verleiht sich im wesentlichen gleichmäßig auf alle Stadtteile und Vororte.

Milchpreisrückgang. Der Erzeugerpreis für Milch ist infolge der anhaltenden Trockenheit während der letzten Wochen am 1. Juli um 2 v. H. Der Verbraucherpreis für Vollmilch beträgt sich um den gleichen Betrag, es kostet also das Liter in Groß-Stuttgart ab 1. Juli 36 v. H.

Ein neuer Stuttgarter Sender. Die Südd. Rundfunkgesellschaft plant die Errichtung eines mit allen technischen Neuerungen ausgestatteten Senders in Degerloch. Der Rundfunkempfang wird sich dadurch bedeutend verbessern. Der Detektorerwerb wird nicht nur für Stuttgart, sondern für ganz Württemberg und Baden ermöglicht.

Erkennung. 26. Juni. Wertwürdiges Ei. In einem Entenstall auf dem Brühl lag die Eier eines außerordentlich großen Entens. Als es geöffnet wurde, kam folgender Inhalt zur Schau: ein normales Dotter mit Eiweiß und ein vollständig ausgebildetes, mit harter Schale umgebenes, mal großes Entenei.

Schramberg, 26. Juni. Lohnabkommen in der Holzindustrie. Das Lohnabkommen (Verordnung vom 24. März d. J.) ist mit Wirkung vom 4. Juli getätigt worden. Es wird eine Erhöhung der Mindestlöhne um 61 Pfg. um 20 v. H. gefordert.

Ulm, 26. Juni. Landesturnfest. Der Kreisverband befand sich am 24. Juni zu den Vorbereitungsarbeiten in Ulm. Die Gefallenengedenkfeyer findet am Samstag abends 8.30 Uhr im Württ. Hall. Am Sonntag und Sonntag in um 10 Uhr abends wird das ganze Württ. befeuert.

Der Bismarck von Kerchsten

Ein lustiger Roman von Fritz Stawronnet Copyright 1924 by Axel Köhler u. Co., Berlin W 15 (Nachdruck verboten.)

Koon lachte laut auf, als er die Summe hörte. „Kinder, lacht nicht!“ mahnte Niedeberger. „Die Sache ist ernst. Das ist uns zu viel, Polak.“ „Ich hatt' es aber schon mit dem Schulzen abgemacht. Die Sache kam so: ich hatt' hundert Gulden Handgeld gekriegt und mir einen angekauft. bis ich nach Hause kam. Da haben meine Weibsteut das Handgeld ohne mein Wissen zurückgeschickt. Nu meine ich aber, der Vertrag muß gelten, denn er ist zwischen zwei Männern ausgehandelt.“ „Ja, Polak, die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert. Unser Schulz spielt nicht den Bismarck, und Sie kriegen keine Prügeln. Das brauchen wir denn doch nicht so teuer bezahlen.“ „Na, e bishchen Schmerzensgeld wird doch dabei sein müssen. Der Bismarcker Kriegerverein hat mich rausgeschmissen, weil ich mich hier als Kapotom vermiest habz. Hier ist das Schreiben.“ Mit einem schlecht unterdrückten Schmunzeln las Niedeberger den Brief und reichte ihn weiter. „Das ich allerdings traurig, aber dreihundert Mark ist wirklich zu viel. Wir werden Ihnen zweihundert geben.“ „Wenn Sie schon nicht anders wollen, denn möcht' ich auch das nehmen. Und denn möcht' ich auch um a fünfzig Gulden Handgeld gebeten haben.“ „Gut, die sollen Sie haben, aber das sage ich Ihnen, Polak, Sie treten morgen vormittag nächsten hier an und bleiben nächsten.“ „Da können Sie sich schon darauf verlassen, meine Herren. Ich bleib' gleich hier, ich geh' nicht mehr nach Hause. Sonst spielen mir meine Weibsteut noch auf einen Schabernack.“ Am Abend gab's im Dorf noch eine sehr ergötzliche Szene. Mutter Polak schrie, packe ihren Koffer fest am Kuchentisch und wolle ihn unter heftigen Scheltworten abfahren. Der Schulz, der sich in anerkannter Weise ganz schön gehalten hatte, wehrte sich heftig. Er wäre aber nachher nicht unterlegen, wenn die Anwesenden ihn nicht befreit und ihn schließlich vor ihn gestellt hätten. „Sind Sie denn nicht recht bei Trost, Frau.“ sagte einer die lachende Polak an. „Der Mann verdient sich hier gleich zwei-

hundert Gulden, mehr als mit seiner Schusterlei in einem Jahr. Und Sie wollen ihm das verpinnen? Na, so was lebt nicht.“ „Geprügelt wird er nicht“, rief ein anderer. „Haben Sie keine Angst, Frau, das ist durch Gemeindefehl verboten.“ Frau Polak sah ein, daß ihr hier alle ihre Energie nichts helfen würde. Ein wenig war sie auch durch die Verlesung, daß ihr Mann keine Schläge erhalten würde, geteilt. „Doch da mir bloß nichts von dem Geld verpufft! Sonst komm' mir lieber nicht nach Hause.“ „Hab' keine Angst, Mutter, diesmal halt' ich mich stramm, denn ich muß hier halt' vierzig Gulden vom Handgeld. So u nu grüß' mir die Kinder.“ Einem, der diese Szene miterlebte, war dabei ganz unbehaglich zu Mut. Das war Franz Wittstod. Er sollte den alten gebrechlichen Mann prägen, der sich auf die gegenwärtige Verführung der Bauern verließ! Ja, wenn's irgend ein großmänniger Knacht gewesen wäre. In schweren Gedanken ging er heim und warf sich auf sein Bett, um sich in aller Ruhe die Sache zu überlegen. Auf der einen Seite wollte ihm die Schmeide, die er von Weidhöfer in Pacht bekommen sollte. Er, der noch vor vier Wochen ruhelos die Landstraße entlang gezogen war, mühsam sein Stäbchen Brot suchend, sollte hier selbständig werden, als ehrlicher Meister auf eigenen Füßen stehen. Dafür konnte man schon keine Bedenken zurückstellen. Er brauchte den alten Mann ja nicht fürchtlich zu verbauen. Dann fiel ihm ein, was der Schulz eigentlich damit bezweckte, wenn wirklich, wie überall erzählt wurde, eine Verbindung zwischen beiden Familien zustande kommen sollte. Vielleicht nahm er jetzt noch den Auftrag wahr, wenn er erfuhr, daß sein zukünftiger Schwäher den Kapotom spielte... Am andern Morgen war Marie allein zu Hause. Die Mutter war mit Blättwische zum Geschäft gegangen, die jüngeren Geschwister in der Schule. Sie hatte ihre Handarbeit genommen und sah in die Runde geschaut. Aber die Arbeit förderte heute nicht. Fortwährend wurde sie von allerlei dummen Gedanken gefoltert. Wenn Karl ihren Brief rechtzeitig erhalten und sofort geantwortet hätte, konnte sie heute früh schon Antwort von ihm haben. „Antwort!“ fragte sie sich selbst. Ja, was sollte er denn ihr noch schreiben? Nach solchen Vorfällen mußte er doch einsehen, daß ein Verbindung zwischen ihnen unmöglich war. Und soviel Stolz mußte er doch auch besitzen, daß er auf ihre erste Bitte jeden Versuch einer weiteren Annäherung unterließ.

Aber das dumme Herz wollte noch immer nicht dem Bestand sich unterordnen. Als jetzt die Glocke der Kurkirche erkante, sprang sie freudig erregt auf. Das konnte der Briefträger sein... Im nächsten Augenblick blieb sie erschrocken stehen und drückte die Hand auf das ungelümmt pochende Herz. Den feinen, jähneln Schritt konnte sie... Mit ausgebreiteten Armen kam Karl durch den Garten. „Beliebte Marie, meine süße Braut!“ „Heer Weidhöfer, ich gestatte Ihnen nicht, mich so anzureden. Und ich bitte Sie dringend, sich sofort zu entfernen. Ich bin allein und kann Sie nicht empfangen.“ Karl verbeugte sich höflich. „Das ist selbstverständlich, mein Fräulein, daß ich Ihre Wünsche achte und erfülle. Ich geb' Empfehle mich Ihnen.“ Als die Haustür hinter ihm ins Schloß fiel, schlug sie die Hände vors Gesicht und weinte bitterlich. Eine halbe Stunde später schlug wieder die Glocke an. Gewohnheitsgemäß stand sie auf, um nachzugehen. Da stand ihre Mutter im Flur und hinter ihr Karl. „Diesmal, mein Fräulein, werden Sie meinen Besuch schon dulden müssen, denn er gilt in der Hauptsache Ihrer Mutter.“ „Ich möchte aber dabei sein.“ „Bedauern unendlich. Ich glaube nicht, daß Sie bei diesen Beratungen eine Stimme beanspruchen können, nachdem Sie unsere Beziehungen einseitig beendet haben.“ Mit höflicher Verbeugung öffnete er ihrer Mutter die Tür zum Wohnzimmer und ließ sie einziehen. Ganz verduht blieb Marie auf dem Flur stehen. Im nächsten Augenblick drückte sie auf die Klinke und trat ein. „Liebe Mutter, sei mir nicht böse. Ich muß hören, was ihr verhandelt.“ Karl stand sofort auf. Es betraf weder Sie noch meine Person. Aber wenn Sie mir nicht glauben, muß ich Ihre Frau Mutter zu einer Zeit anrufen, wo ich sie allein finde.“ „Das ist nicht nötig“, rief Frau Polak ein. „Sei ruhig, marsch an deine Arbeit.“ „Wie höflichend irrte ihr Bild von der Mutter zu Karl. Er lächelte und wusch die Kehle, als wenn er sagen wollte: „Ich habe ja kein Recht, dir beizustehen.“ „Mia, Mutter, ich habe in Wienstein, das mächtig in die Höhe geht, einen kleinen Schulden mit einem netten Lager von letzten Schulden gefunden, der für einen angemessenen Preis zu haben ist.“ (Fortsetzung folgt.)







